



gentechfrei

VERLÄNGERUNG DES ANBAU-MORATORIUMS FÜR GENTECH-PFLANZEN

Die Schweiz ist Leuchtturm, nicht Insel in Europa

Die Schweiz ist das einzige Land in Europa mit einem Moratorium für den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Die Schweiz ist aber nicht das einzige Land ohne kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Ohne Gentech-Anbau sind Frankreich, Deutschland, Österreich, Italien, Liechtenstein, Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, Irland, Schottland, Wales, Luxemburg, Polen, Ungarn, Litauen, Estland, Lettland, Griechenland, Bulgarien, Kroatien, Slowenien. Und in den übrigen Ländern gibt es zahlreiche Regionen und Gemeinden, die ihr Territorium gentechnikfrei erklärt haben.

GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT ALS THEMA AUF ALLEN POLITISCHEN EBENEN

DIE SCHWEIZ ALS WEGWEISER FÜR EIN GENTECHFREIES EUROPA

Das Schweizer Moratorium für den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Nahrungspflanzen dient als Vorbild für Europa. Die rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 39 Ländern der 5. Europäischen Konferenz der gentechnikfreien Regionen «Food and Democracy» vom 24./25. April 2009 im KKL Luzern waren sich einig: Die Zeit ist reif für ein EU-weites Moratorium.



Nikolaus Berlakovich, österreichischer Landwirtschaftsminister, Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Nikolaus Berlakovich hob Österreichs «wichtigen Sieg in der EU» hervor. Es sei gelungen, die Möglichkeit nationaler Gentech-Anbau-Verbote im Umweltministerrat mit der notwendigen Drei-Viertel-Mehrheit durchzubringen. «Wir in Österreich wollen – getragen von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung – keine Gentechnik im Anbau. Als Landwirtschafts- und Umweltminister sehe ich zudem eine Chance für die Landwirtschaft, sich mit gentechnikfreien Produkten zu qualifizieren. Deshalb fordere ich ein demokratisches Selbstbestimmungsrecht des jeweiligen Nationalstaates in dieser Frage.»



Renate Künast, Fraktionsvorsitzende Grüne/Bündnis 90 im deutschen Bundestag, ehemalige Landwirtschaftsministerin

Als «Leuchtturm in Europa» bezeichnete Renate Künast die Schweiz mit ihrem Gentech-Moratorium. Das «erfreuliche Treffen» in Luzern stärke die Schweiz und zeige ihr zugleich, dass sie nicht allein da stehe. Nötig sei eine Verhinderung weiterer Neuzulassungen von Gentech-Pflanzen in Europa. Ebenso müsse verhindert werden, dass die EU-Kommission nationale Gentech-Verbote aufheben könne.



Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Landwirt und Europaparlamentarier, Bündnis 90/Die Grünen

«Bauern und Verbraucher haben die Kraft, die Politik zu beeinflussen und Wahlen zu entscheiden. Viele Regierungen und Parteien, welche die heutige gentechnikfreundliche Gesetzgebung Europas beschlossen hatten, gehen heute auf Distanz. Es ist gelungen, die von der Industrie geförderte Strategie der Koexistenz zu durchkreuzen – ein trojanisches Pferd, das die gentechnikfreien Gebiete kontaminiert hat.»



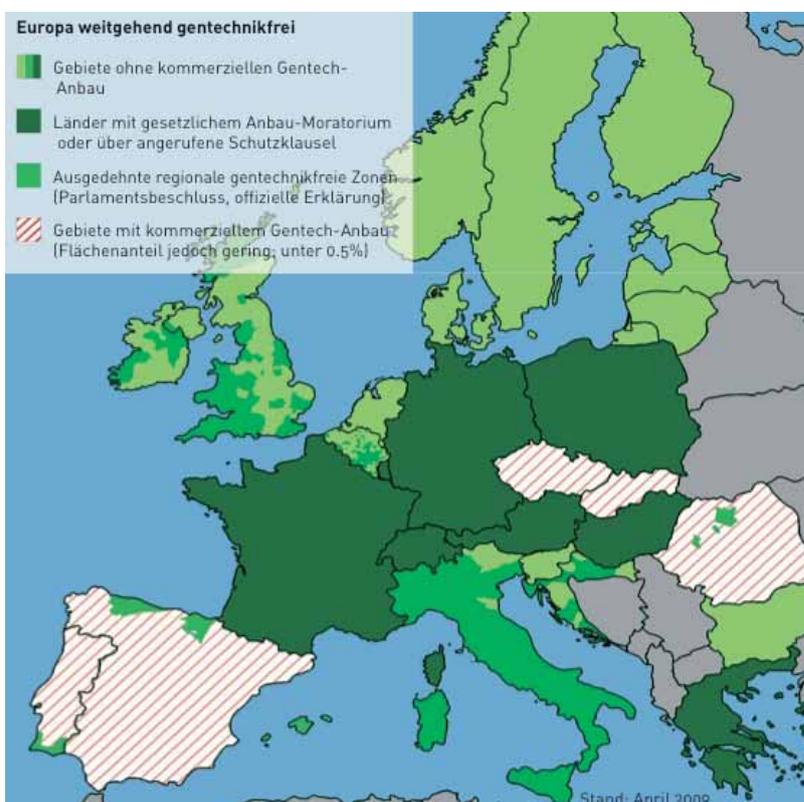
Das laufende Moratorium in der Schweiz hat Vorbildcharakter erreicht und europaweites Aufsehen erregt. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Verlängerung des Moratoriums in der Schweiz wird in Europa befürwortet. Zahlreiche EU Mitgliedstaaten fassen den Weg einer gentechnikfreien Landwirtschaft ins Auge.

DER WIDERSTAND DER BEVÖLKERUNG GREIFT AUF DIE POLITIK ÜBER

IN DER EU STEHEN DIE ZEICHEN AUF GENTECHNIKFREIHEIT

Europa's Landwirtschaft ist weitgehend gentechnikfrei. Dafür sorgen die wachsende Zahl der gentechnikfreien Zonen und der Druck von prominenten Politikerinnen und Politiker auf nationale Selbstbestimmung und Zulassungsstopp.

In der EU ist eine einzige Gentech-Pflanze, der schädlingsresistente MON810-Mais der Firma Monsanto, zum Anbau zugelassen. Weitere Zulassungen stocken seit 10 Jahren. Auch dieses Jahr konnten sich die EU-Umweltminister über zwei neue Anbau-Zulassungen nicht einigen. Inzwischen hat sich die Liste der EU-Mitgliedstaaten, die sich der Bewilligung des Anbaus von MON810 widersetzen und entgegen dem Entscheid in Bruxelles den Anbau im eigenen Land verbieten auf sieben Länder vergrößert (siehe Karte: dunkelgrün gefärbte Länder).



Die gentechnikfreien Regionen breiten sich über Europa aus, während die Anbauflächen für den kommerziellen Anbau von Gentech-Pflanzen stagnieren oder schrumpfen.

EU-Mitgliedstaaten unter Anrufung der Schutzklausel: Frankreich (seit 2008), Deutschland (seit 2009), Österreich, Ungarn, Griechenland, Polen, Luxemburg (seit 2009)

EU-Mitgliedstaaten und Länder, die auf Gentech-Anbau verzichten: Italien, Kroatien, Slowenien, Bulgarien, Irland, Schottland, Wales, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Liechtenstein

EU-Mitgliedstaaten und Länder mit gentechnikfreien Regionen: England, Belgien, Niederlande, Spanien, Portugal, Tschechien, Slowakei, Rumänien



Das Moratorium in der Schweiz ist kein Sonderfall. Mehr als 260 Regionen, über 4500 Gemeinden und Zehntausende von Bauern in Europa haben ihr Territorium zu gentechnikfreien Regionen erklärt. Sieben EU-Mitgliedstaaten haben die Schutzklausel angerufen und damit den Anbau von MON810 verboten.

IN DEN EU-NACHBARLÄNDERN DER SCHWEIZ:

NATIONALE SELBSTBESTIMMUNG UND GENTECHNIKFREIHEIT GEFORDERT

Der Wunsch nach Selbstbestimmung ist längst nicht mehr allein ein Thema der Gentechnikfrei-Bewegung, sondern bestimmt auch die politischen Diskussionen zwischen den EU-Ländern und der EU-Kommission. Prominente EU-PolitikerInnen kämpfen gegen die EU-Kommission um mehr Selbstbestimmung. In unseren Nachbarländern Deutschland und Österreich wird die Diskussion besonders intensiv und parteiübergreifend geführt.



Ilse Aigner, Deutsche Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, CSU:

Bundesministerin Ilse Aigner will es einzelnen Ländern und Regionen ermöglichen, sich zu komplett gentechnikfreien Zonen zu erklären. Zwar gebe es europarechtlich dafür kaum Spielräume, betonte sie. Derzeit suche ihr Ministerium aber «fieberhaft nach einer Lösung». Aigner zeigte auch Verständnis für Bayern, das sich als gentechnikfreie Region erklären will. «Inhaltlich unterstütze ich das voll und ganz».

(Tagesschau.de (2009). Aigner prüft Genmais-Verbot. Tagesschau.de, 18.2.09, <http://www.tagesschau.de/genmais100.html>).



Rudi Anschober, Österreichischer Landesrat für Umwelt, Energie, Wasser und KonsumentInnenchutz, Grünen ÖÖ:

«Gemeinsam haben wir eine Wende in Europa gegen den Durchmarsch der Gentechnik auf unseren Feldern geschafft. Jetzt muss auch die EU-Kommission umdenken und einlenken und ihre bisherige untragbare Unterstützung der GVO-Aussaart beenden. Oberösterreich wird seine konsequente Politik fortsetzen und die Barrieren gegen Gentechnik auf Oberösterreichs Feldern weiter erhöhen.»

(<http://www.anschober.at/politik/presse/802/aus-fuer-genmais-in-deutschland-entscheidender-etappenerfolg-fuer-gvo-gegnerinnen>).



Markus Söder, Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, CSU:

«Ich war immer ein Skeptiker der Agro-Gentechnik. Die ökologischen Auswirkungen sind bei weitem noch nicht erforscht. Und die Bewahrung der Schöpfung ist für mich ein zentrales Gut. Unser Ziel in Bayern ist es, auf Dauer eine gentechnikanbaufreie Zone zu werden.»

(<http://www.mainpost.de/lokales/franken/Soeder-bdquo-Ich-war-immer-skeptisch-gegenueber-der-gruenen-Gentechnik-ldquo-;art1727,5049117>).

Grenzübergreifende Gentechfrei-Projekte

Biologische Saatgutproduktion braucht ein sicheres Umfeld

Auf dem biologisch bewirtschafteten Gutsbetrieb in Rheinau ZH wird biologisches Saatgut zur Züchtung und Vermehrung angebaut. Das stellt hohe Anforderungen an die Umgebung der Felder. Der Schutz vor gentechnisch verändertem Pflanzenerbgut ist von grösster Wichtigkeit. Die Rheinau grenzt an deutsches Gebiet. An diesem Beispiel erkennt man, warum die internationale Kooperation für gentechfreie Landwirtschaft so notwendig ist. Sämtliche Landwirte in Rheinau und im benachbarten Kreis Waldshut (D) sind zur Selbstverpflichtung für den Verzicht auf Agro-Gentechnik bereit.



ÖSTERREICHISCHER VORSTOSS

EU-LÄNDER SOLLEN ANBAU VON GENTECH-PFLANZEN VERBIETEN KÖNNEN

Österreich hat dem EU-Umweltministerrat ein Dokument vorgelegt, in welchem gefordert wird, dass gentechnisch veränderte Pflanzen zwar weiterhin nach den derzeitigen Rechtsvorschriften EU-weit zugelassen werden, die einzelnen Länder jedoch deren Anbau national verbieten können. Einen ähnlichen Vorstoss hatten die Niederlande bereits gemacht. Nationale Anbauverbote sollen unbefristet sein. Zudem verlangt Österreichs Vorstoss von der EU-Kommission eine Liste mit sozioökonomischen Kriterien auszuarbeiten, die zur Begründung von nationalen Verboten herangezogen werden können.

Derzeit erlauben die EU-Rechtsvorschriften ein Anbauverbot nur, wenn einem Mitgliedsstaat neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die Zweifel an der Sicherheit einer Gentech-Pflanze belegen. Bisher haben zahlreiche EU-Länder von dieser Verbotsklausel Gebrauch gemacht, zuletzt Deutschland beim Verbot von MON810-Mais. Zwar wurden bisher alle nationalen Anbauverbote von der EU-Kommission als wissenschaftlich unbegründet zurückgewiesen, doch bei der notwendigen Abstimmung im Ministerrat fand sich nie die erforderliche Mehrheit, um nationale Verbote aufzuheben.

Trotz des europäischen Binnenmarktes und gemeinschaftlicher, von allen Ländern beschlossener Rechtsvorschriften ist der Anbau von MON810-Mais in einigen EU-Ländern erlaubt, in anderen nicht. Mit dem österreichischen Vorschlag würde diese seit langem bestehende politische Realität legalisiert. Jede nationale Regierung könnte politisch motivierte Anbauverbote erlassen, ohne die wissenschaftliche Begründung für neue Gefahren liefern zu müssen.

Gentech-Mais in der EU:

Ausbreitung der Gesamtfläche stagniert

Für den kommerziellen Anbau ist in der EU bisher erst eine Mais-sorte zugelassen. Dieser Mais dient zur Futtermittelgewinnung. Die Anbaufläche für gentechnisch veränderten Mais in der EU beschränkt sich weitgehend auf Spanien und ist im Jahre 2008 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt zurückgegangen (s. Tabelle).



Nikolaus Berlakovich,
Landwirtschafts-
und Umweltminister,
Österreich, (ÖVP):

«Aus der breiten Unterstützung schliesse ich, dass es vielen Staaten ein Anliegen ist, jedem Land individuell die Verbotsmöglichkeit zu zugestehen, wenn es dort Bedenken gegen den Anbau gibt.

Ich werde die Kommission auffordern zu überprüfen, wie den Mitgliedstaaten grössere Freiheiten zum Schutz sensibler Gebiete, bis hin zur GVO-Freiheit eingeräumt werden können.»

(<http://presse.lebensministerium.at/article/articleview/74042/>).

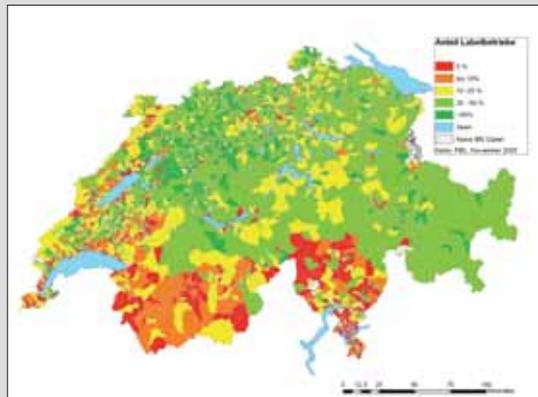
	Anbau von MON810-Mais in der EU			
	2007		2008	
	Fläche in Hektaren	% der gesamten Maisanbaufläche	Fläche in Hektaren	% der gesamten Maisanbaufläche
Spanien	75'148	16.70	79'269	17.60
Frankreich	21'147	0.70	0	0.00
Tschechien	5'000	1.70	8'380	2.80
Deutschland*	2'685	0.13	3'171	0.15
Österreich	0	0.00	0	0.00
Italien	0	0.00	0	0.00
EU-27 gesamt	110'050	0.79	107'717	0.77

* ab 2009: 0

GENTECH-ANBAU UND NATURSCHUTZ UNVEREINBAR

KOEXISTENZ IN DER SACKGASSE

Seit Moratoriumsbeginn ist die Debatte zur Koexistenzlösung in der Schweiz abgeflacht. Inzwischen haben Länder wie Deutschland Koexistenzregeln gesetzlich festgeschrieben. Gentech-Mais und konventioneller Mais müssen mindestens 150 Meter voneinander entfernt liegen. Bei ökologischem Maisanbau gilt als Mindestabstand 300 Meter. Diese Abstandsregelungen übertreffen 3- bzw. 6-fach (Biolandbau) die Empfehlung von ART Reckenholz-Tänikon aus dem Jahr 2005. Das europäische Forschungsprogramm Co-Extra, welches seit 2005 die Koexistenz untersucht, kommt zum Schluss, dass eine Koexistenz auf individueller Ebene quasi nicht möglich sei. Entweder müssten die Gentechfelder sehr weit von denen mit herkömmlicher Aussaat entfernt liegen, oder es müssten spezielle Anbauzonen gefunden werden. Dafür müssten die Möglichkeiten geschaffen werden, kollektive Koexistenz-Modelle zu organisieren. Damit wird die Koexistenz durch gentechfreie Regionen ersetzt.



Labelbetriebe in der Schweiz, die gemäss Richtlinien ihrer Organisation keine GVO anbauen dürfen (BioSuisse und IP-Suisse Betriebe). Die Dichte der Labelbetriebe ist teilweise derart hoch, dass eine Koexistenzlösung sehr fraglich wird. (Karte: © FiBL 2005; Daten: Bfs 2002, IP Suisse 2003, GG25 © swisstopo).



Agro-Gentechnik und Naturschutz sind unvereinbar und konfliktreich. Heute werden Mindestabstände zu Schutzgebieten gefordert. Ein Grund ist die mögliche Gefährdung geschützter Arten durch den Pollen von Gentechnik-Pflanzen. Die EU ist gewillt, Naturschutzgebiete mit Hilfe von gentechfreien Zonen zu schützen.

Koexistenz lässt sich zudem nicht ausschliesslich auf wirtschaftliche Fragen beschränken, sondern muss auch als eine Frage des Umwelt- und Naturschutzes betrachtet werden. In Deutschland werden aktuell Sicherheitsabstände zu Naturschutzgebieten diskutiert. Das Land Brandenburg empfiehlt, bei Bt-Mais einen 800m Abstand zu geschützten Gebieten vorzusehen. In der Schweiz gilt ein Verbot der Freisetzung und des kommerziellen Anbaus von GVO in bezeichneten Schutzgebieten. Der unbeabsichtigte Eintrag (Verwilderung, Pollenfluss) ist aber nicht geregelt. Diese Diskussion muss in der Schweiz noch geführt werden.



Die Koexistenz ist keine Alternative zum Moratorium in der Schweiz. Die Schweiz hat eine sehr hohe Dichte an Bio- und IP-Labelbetrieben sowie an geschützten Lebensräumen (siehe die beiden Karten). Koexistenzlösungen in diesem kleinräumigen Umfeld sind beispielsweise für Maisanbau praktisch auszuschliessen.

5. EUROPÄISCHE KONFERENZ DER GENTECHNIKFREIEN REGIONEN

EU-WEITES MORATORIUM GEFORDERT



An der 5. Europäischen Konferenz der gentechnikfreien Regionen «Food and Democracy» vom 24. und 25. April 2009 verabschiedeten die 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 39 Ländern eine Schlusserklärung, die ein EU-weites Gentech-Moratorium verlangt.

GENTECH-MORATORIUM: DER WEG FÜR EUROPA

DIE TEILNEHMENDEN DER 5. EUROPÄISCHEN KONFERENZ DER GENTECHNIKFREIEN REGIONEN «FOOD AND DEMOCRACY» FORDERN EIN EU-WEITES MORATORIUM FÜR DIE ZULASSUNG UND DEN KOMMERZIELLEN ANBAU VON GENTECHNISCH VERÄNDERTEN ORGANISMEN (GVO). HEUTE – NACHDEM SECHS EU-MITGLIEDSTAATEN DEN ANBAU VON MON810 VERBIETEN UND ANGESICHTS DER RASANTEN ZUNAHME GENTECHNIKFREIER REGIONEN IN GANZ EUROPA – IST DER AUGENBLICK FÜR EIN MORATORIUM SO GÜNSTIG WIE NOCH NIE.

Das Moratorium soll genutzt werden:

- um die EU-Gesetzgebung zu überdenken und Modelle regionaler Selbstbestimmung zu verankern.
- um die Risikobeurteilung im Sinne des Vorsorgeprinzips neu festzulegen. Dabei sind auch sozio-ökonomische Aspekte einzubeziehen.
- um eine gentechnikfreie und vielfältige Landwirtschaft zu fördern und die Ernährungssouveränität sicher zu stellen.

Wir rufen die Agro-Gentechnik-Konzerne auf, das Hungerproblem nicht länger zu missbrauchen, um die Einführung von GVO zu rechtfertigen. Diese irreführende Propaganda ist durch alle praktische Erfahrung widerlegt. Wir halten sie daher für falsch und unethisch.

Die Teilnehmenden der 5. Europäischen Konferenz der gentechnikfreien Regionen stellen am Ende der Tagung zu «Food and Democracy» fest:

- Gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel entsprechen dem Willen der Bevölkerungsmehrheit in Europa
- Für Europas Bauern und Bäuerinnen, Konsumentinnen und Konsumenten ist die nachhaltige Nahrungserzeugung ohne Gentechnik die Strategie für heute und morgen.

Wir danken den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die uns mit ihrer demokratischen Entscheidung für ein Anbau-Moratorium den Weg für ganz Europa aufzeigen.

ERFOLGREICH WERBEN MIT GENTECHNIKFREI

«OHNE GENTECHNIK» ALS IMAGEVORTEIL

In Deutschland und Österreich haben verschiedene Unternehmen gentechfrei als wichtiges Werbeargument für ihre Kundschaft entdeckt. Immer häufiger taucht auf der Verpackung der Hinweis «ohne Gentechnik» oder «gentechnikfrei». Kleinere Anbieter waren Vorreiter, nun springen auch grössere Unternehmen auf den Trend auf, zum Beispiel die Niederösterreichischen Molkereien NÖM, Tirolmilch, die deutsche Bergweide-Milch oder der holländisch-deutsche Milchgigant Campina. Und auch der Convenience-Spezialist IGLÖ sowie Toni's Freiland-eier werben auf mehreren Produkten für die Herstellung ohne Gentechnik. Übrigens: In der EU darf deutschsprachig sogar mit dem Begriff «genfrei» geworben werden. Das tut aber niemand, weil natürliche Gene hat es selbstverständlich in jedem Lebensmittel.



In der Schweiz sind trotz nationalem Moratorium für den Anbau von Gentech-Pflanzen die gesetzlichen Bestimmungen zur Auslobung der gentechnikfreien Landwirtschaft auf dem Produkt strenger als in der EU. Sie sind so streng, dass die Firma BAER Weichkäse einen anderen Weg einschlagen musste: Die Firma BAER wirbt für einen Gentechfrei-Fonds. Pro verkaufte Packung geht ein Rappen an die Förderung von Projekten für gentechnikfreie Landwirtschaft.



BAER spendet pro Packung 1 Rappen in den Fonds für gentechnikfreie Landwirtschaft, siehe www.baer.ch.
BAER reverse 1 centime par produit vendu au Fonds pour une agriculture sans génie génétique. Davantage d'informations sur www.baer.ch.